

**IST DER EINSATZ DER BUNDESWEHR
IN AFGHANISTAN FRIEDENSETHISCH
GERECHTFERTIGT?**

Ist der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan friedensethisch gerechtfertigt?

Für die Christlich Demokratische Union, deren Politik auf dem christlichen Bild vom Menschen beruht, ist es von großer Bedeutung, dass Auslandseinsätze der Bundeswehr auch friedensethisch gerechtfertigt sind. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) und die Deutsche Bischofskonferenz haben in ihren Friedensdenkschriften und Friedensworten Kriterien für einen Einsatz militärischer Gewalt aufgestellt. Sie sind ein wichtiger ethischer Maßstab auch bei den Entscheidungen der CDU über mögliche Auslandseinsätze. Erfüllt der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan diese Kriterien?

Gibt es einen Erlaubnisgrund?

Ja, weil schwerste Vergehen gegen die Menschlichkeit in Afghanistan begangen wurden und von Afghanistan ausgingen. Die 2001 in Afghanistan herrschenden Taliban hatten den Terroristen der Al Qaida die Möglichkeit gegeben, Afghanistan als Ausgangsbasis für Terroranschläge zu nutzen. Die Anschläge vom 11. September 2001 kosteten tausenden unschuldigen Menschen das Leben.

Ist der Einsatz autorisiert?

Ja. Der so genannte ISAF-Einsatz in Afghanistan ist völkerrechtlich durch zwölf Resolutionen des UNO-Sicherheitsrats legitimiert. Alle wurden ohne Gegenstimmen verabschiedet. Die NATO führt ISAF seit August 2003 auf Bitten der UNO und der afghanischen Regierung. Dem stimmten u. a. auch Russland, China, Syrien, Angola und Pakistan zu. Am ISAF-Einsatz beteiligen sich 48 Nationen, darunter z. B. Jordanien, die Ukraine und die Vereinigten Arabischen Emirate, mit insgesamt über 130 000 Soldatinnen und Soldaten.

Besteht die Absicht, wieder ein gewaltfreies Zusammenleben zu ermöglichen?

Ja. Die internationalen Streitkräfte kamen nicht als Besatzer, sondern als Befreier nach Afghanistan. Sie tragen dazu bei, die Voraussetzungen für einen gerechten Frieden herbeizuführen, indem sie in dem von (Bürger-)Kriegen und durch die Schreckensherrschaft der Taliban zerrütteten Land einen Rahmen für Frieden, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie einen wirtschaftlichen Aufschwung schaffen.

Wird Gewalt lediglich als „**äußerstes Mittel**“ (**ultima ratio**) eingesetzt?

Ja. Die Taliban wurden vor der Intervention der internationalen Streitkräfte mehrfach aufgefordert, die Drahtzieher der Anschläge vom 11. September 2001 auszuliefern und die Ausbildung von Terroristen in Afghanistan zu unterbinden. Dieser Aufforderung sind die Taliban nicht nachgekommen, obwohl Al Qaida weiteren Terror angekündigt hatte. Bis heute werden die afghanische Regierung und die internationalen Streitkräfte von den Taliban und anderen Aufständischen mit terroristischen Mitteln bekämpft.

Hat der Einsatz zu noch größerem Übel geführt?

Nein. Die Menschenrechtslage unter den Taliban war katastrophal. Unter deren Schreckensherrschaft wurden Frauen ihrer Rechte beraubt und unterdrückt. Mädchen durften keine Schule besuchen und keine Ausbildung machen. Musik, Tanz – vieles war bei Androhung grausamster körperlicher Strafen verboten. Es gab Massenhinrichtungen im Fußballstadion von Kabul.

Die Lage in Afghanistan ist noch immer instabil. Doch beim zivilen Wiederaufbau und der Achtung der Menschenrechte wurden große Fortschritte gemacht. Leider kommt es durch Gewaltakte noch immer zu vielen Toten im Land. Dafür sind vor allem die Taliban und andere Aufständische verantwortlich, die ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung handeln und den Tod von Zivilisten nicht nur billigend in Kauf nehmen, sondern sogar bewusst anstreben.

Ist die Verhältnismäßigkeit der Mittel gewahrt?

Ja. Der Einsatz militärischer Gewalt wird auf das Notwendigste begrenzt. Es ist klar, dass der Konflikt nicht dadurch zu gewinnen ist, dass eine größtmögliche Zahl von Taliban getötet wird. Vielmehr wollen wir dem Land die Chance für eine Zukunft eröffnen und damit den Menschen neue Perspektiven schaffen.

Werden unbeteiligte Personen geschont?

Ja. Das Ziel der internationalen Streitkräfte ist, unbeteiligte Personen nicht zu gefährden. Der Schutz der einheimischen Bevölkerung ist ein wesentliches Element des Einsatzkonzeptes. Doch ist es problematisch, dass die Taliban sich nicht durch Uniformen von Zivilisten unterscheiden lassen und im Rahmen ihrer asymmetrischen Kampfführung

Zivilisten als menschliche Schutzschilde missbrauchen. Dabei kalkulieren sie auf zivile Opfer, um Stimmung gegen die internationalen Streitkräfte zu machen.

Trägt der Einsatz zur Linderung humanitärer Notlagen bei?

Ja. Zum Beispiel gehen heute sieben Millionen Schülerinnen und Schüler zur Schule. Vor 10 Jahren war es nur eine Million. Die Kindersterblichkeit ist von über 250 pro 1.000 Lebendgeburten auf 161 zurückgegangen. 2001 durfte kein einziges Mädchen in die Grundschule. Heute liegt ihr Anteil bei knapp 40 Prozent. Der Getreideertrag hat sich seit 2000 mehr als verdoppelt. Für das laufende Jahr prognostiziert die Weltbank ein Wachstum zwischen 8,5 Prozent und 9 Prozent. Die Staatseinnahmen haben sich seit 2002 verzehnfacht. Die Bundesregierung hat das deutsche Engagement, vor allem im Norden Afghanistans, erheblich intensiviert. Zum Beispiel haben allein 2009 und 2010 85 000 Haushalte eine bessere Trinkwasserversorgung erhalten, wurden 117 Kilometer Straßen repariert oder neu gebaut und es konnten sich über 12.000 Menschen beruflich fortbilden. Auch durch solche Maßnahmen wächst die Privatwirtschaft in Afghanistan dynamisch. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat die First Micro Finance Bank mit aufgebaut. Allein 2009–2010 gingen über 450 Kredite an kleine und mittlere Unternehmen. 42 000 Personen haben von Mikrokrediten profitiert, darunter rund 6 000 Frauen. Diese Maßnahmen können in der Regel nur durchgeführt werden, weil die internationalen Streitkräfte für die nötige Sicherheit sorgen.

Ist die militärische Intervention mit einer politischen Perspektive verbunden?

Ja. Afghanistan wird auf absehbare Zeit keine Demokratie nach westlichem Vorbild werden, doch die Tatsache, dass friedliche Wahlen stattgefunden haben, ist ein Erfolg und wird von der afghanischen Bevölkerung begrüßt. Afghanistan kann ein Staat werden, dessen Bürger an politischen Entscheidungen teilhaben und in dem eine wesentlich bessere Menschenrechtssituation herrscht als während des Taliban-Regimes. Wir helfen beim Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte, damit das Land so schnell wie möglich für seine eigene Sicherheit sorgen kann. Im Zuge der Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die afghanische Regierung soll ab Ende 2011 die Reduzierung der deutschen Streitkräfte beginnen. Doch jeder Rückzug muss sicherheitspolitisch verantwortbar sein – gegenüber dem afghanischen Volk, gegenüber unseren Partnern vor Ort und nicht zuletzt gegenüber den Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr. Deren Sicherheit darf nicht durch vorschnelle Truppenreduzierungen gefährdet werden.

Gibt es Aussicht auf Erfolg?

Ja. Während wir vor allem die Probleme Afghanistans sehen, werden vor Ort viel stärker die Fortschritte wie die spürbare Verbesserung der Lebensbedingungen wahrgenommen. Auch die Aussicht auf Erfolg im Kampf gegen die Taliban wird von den Afghanen optimistischer beurteilt als von den ausländischen Truppenstellern.

Die afghanische Regierung hat angekündigt, bis 2014 die Sicherheit des Landes selbständig gewährleisten zu wollen. Um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Afghanistan diese Aufgabe erfüllen kann und für andere Staaten keine Gefahr mehr von dem Land ausgeht, wird die Ausbildung der afghanischen Polizei und Streitkräfte weiter intensiv unterstützt. Dies ist eine Voraussetzung dafür, dass die ausländischen Truppen einschließlich der Bundeswehr wieder abziehen können. Zugleich wird weiter in den zivilen Wiederaufbau des Landes investiert. Ohne den zivilen Erfolg ist die Stabilisierung Afghanistans nicht zu erreichen. Die zivilen Mittel der Bundesregierung zur Entwicklung des Landes wurden deshalb von etwa 200 Millionen Euro 2008 auf rund 430 Millionen im Jahr 2010 aufgestockt.